

## Rats-Update Nr. 8

### **Sitzung des Duisburger Stadtrates am 31. März 2022**

Im Vorfeld der Ratssitzung hatte eine Initiative gegen die Verlängerung der Osttangente in Rheinhausen eine große Demonstration zur „lautstarken Begrüßung“ der Ratsmitglieder angekündigt. Tatsächlich wurden die eintreffenden Ratsmitglieder am Eingang der Mercatorhalle zwar von einem großen Spruchband empfangen aber nur von ca. 10 Demonstrierenden, die Lieder sangen. Dennoch genügte diese kleine Gruppe (die ganz offensichtlich von den Grünen initiiert war) der WAZ, um den Demonstranten am nächsten Tag die Titelseite und ein großes Foto zu widmen.

Mit 80 Tagesordnungspunkten war eigentlich eine vergleichsweise kurze Ratssitzung zu erwarten, zumal es sehr viele schriftliche Anfragen der Fraktionen gab, die erfahrungsgemäß nicht in der Sitzung beraten werden, sondern nur später schriftlich im Protokoll beantwortet werden. In Corona-Zeiten ruft der Oberbürgermeister diese Tagesordnungspunkte nicht einmal mehr auf, um Zeit zu sparen. Zudem gab es bei der Übersicht der Tagesordnung eigentlich nur relativ wenige Streitpunkte, bei denen längere Diskussionen zu erwarten gewesen wären. Entgegen aller Erwartungen schien die „Diskussions-Lust“ der Duisburger Ratsmitglieder aber diesmal ganz besonders ausgeprägt zu sein, denn es gab auch zu „kleinen“ Anträgen und vermeintlich nebensächlichen Themen ungewöhnlich viele Wortmeldungen. Da auch noch 2 geheime Abstimmungen beantragt wurden, dauerte diese Ratssitzung dann doch wieder bis 20:05 Uhr.

### **Personalwahlen (Octeo und Städtetag NRW)**

Nachdem eine neue Ratsfrau der AfD vereidigt wurde und die Niederschrift der letzten Sitzung genehmigt war, standen bereits 2 Personalwahlen an. Zunächst sollte ein neuer Aufsichtsrat der städtischen Gesellschaft Octeo gewählt werden und dann die Delegierten zur Mitgliederversammlung des Städtetages NRW. Für die Wahl des Aufsichtsrates beantragte die Fraktion Tierschutz/DAL eine geheime Abstimmung, die im Ergebnis jedoch keine Überraschungen ergab. Vermutlich wollte Tierschutz/DAL mit der geheimen Abstimmung nur das eigene Abstimmungsverhalten verdecken (die Nähe zur AfD ist aber schon seit der 1. Ratssitzung kein Geheimnis). Die FDP hatte mit ihren 3 Stimmen keine Chance einen Delegierten zum Städtetag zu benennen, kann aber mit Ratsfrau Kira Schulze Lohoff einen Gast dorthin entsenden.

### **Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne**

Es folgten Wirtschaftspläne und Jahresabschlüsse einiger städtischer Gesellschaften, die alle kommentarlos und einstimmig beschlossen wurden.

### **Klage gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz**

Die Landesregierung hatte nach Vorgabe des Verfassungsgerichtes die Finanzierung der Städte und Kreise neu zu ordnen. Dazu wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben, wonach der Verteilungsschlüssel zwischen Städten und Landkreisen verändert werden sollte. Die Landesregierung folgte dem Gutachten und dementsprechend beschloss der Landtag die neue Verteilung der Finanzmittel für die Kommunen. Gegen diesen Beschluss klagen nun einige Städte (koordiniert durch den Städtetag), da sie sich durch den neuen Berechnungsschlüssel benachteiligt fühlen. Die Stadt Duisburg wollte sich schnellstens der Klage anschließen und so hatte der Oberbürgermeister dies bereits per Dringlichkeitsbeschluss am 22.02.2022 verfügt. Überraschenderweise wurde dieser Dringlichkeitsbeschluss auch von einem Mitglied der CDU-Ratsfraktion unterzeichnet, obwohl sich die Klage gegen die CDU-geführte Landesregierung richtet. Die FDP stimmte als einzige Ratsfraktion gegen den Dringlichkeitsbeschluss bzw. gegen die Klage.

### **Kinderbetreuung und Auszubildende**

Es folgten einige unspektakuläre Beschlüsse zu den Bedarfsanmeldungen in Kindertageseinrichtungen und der Einstellung von Auszubildenden und Praktikantinnen bei der Stadt Duisburg. Insgesamt stellt die Stadt im kommenden Jahr 282 Auszubildende ein, die nach ihrer Ausbildung alle übernommen werden sollen. Beide Beschlussvorlagen wurden kommentarlos und einstimmig beschlossen.

### **Neue Schule in Wanheimerort**

An Tagesordnungspunkt 13 stand die Planung einer neuen 6-zügigen Gesamtschule in Wanheimerort (am Standort Düsseldorfer Straße / Gießingstraße). Der voraussichtliche Kostenaufwand wird auf 3,738 Mio. Euro beziffert. Mit der Planung und der Ausführung wurde die städtische SD Schulbaugesellschaft Duisburg GmbH beauftragt. Der Rat fasste den Beschluss einstimmig.

### **Verlängerung der Osttangente in Rheinhausen**

Seit nahezu 20 Jahren gibt es Überlegungen, den Schwerlastverkehr aus Logport in Rheinhausen auf direktem Wege zur Autobahnauffahrt in Homberg-Essenbergr zu führen. Die kürzeste Verbindung verläuft von der Brücke der Solidarität (bis dahin gibt es bereits eine kurze Osttangente) über den Rheindeich Richtung Homberg. Da die Trasse (je nach Straßenführung) auch durch ein Naturschutzgebiet führen würde, gibt es (ebenfalls seit fast 20 Jahren) Empörung und Widerstand bei den Grünen und einigen Umweltverbänden. Bereits 2009 hatte der damalige FDP-Bezirksvertreter den Antrag gestellt, die alten Pläne zur Weiterführung der Osttangente aufzugreifen und mit den Planungen zu beginnen. Damals stimmte nur die CDU zu, SPD und Grüne sperrten sich vehement.

Durch den stetig weiterwachsenden LKW-Verkehr und den dadurch immer stärker werdenden Unmut der Rheinhauser Bevölkerung hat die SPD inzwischen ihre Position geändert, weswegen die Stadt ein Gutachten in Auftrag gegeben hatte, welches sich mit der Verlängerung der Osttangente beschäftigen sollte. Nachdem das Gutachten erstellt war und daraus hervorging, dass eine Verlängerung der Osttangente grundsätzlich realisierbar wäre, sollte der Rat jetzt lediglich beschließen, dass die Planungen fortgeführt werden sollen, womit natürlich noch lange kein Baubeschluss und auch keine Genehmigung zum Bau (durch die Bezirksregierung) verbunden sind.

Aber für die Grünen scheinen schon die Planungen eine Art Provokation darzustellen, dementsprechend fielen ihre Wortbeiträge aus. Dass sich die Fraktion der Linken dem „grünen Protest“ anschloss, war keine Überraschung, da sich Grüne und Linke in sehr vielen Themen einig sind. Aber auch die Fraktion JungesDuisburg (JuDu) hatte sich auf die Seite der Planungsgegner ziehen lassen und so gab es einen gemeinsamen Antrag mit dem Titel „Stopp der Osttangente“, der in der späteren Abstimmung jedoch nur von den Antragstellern selbst befürwortet wurde.

Natürlich nutzten Befürworter und Gegner im Rat die Gelegenheit, um ihre Argumente auszutauschen und sich mit gegenseitigen Vorwürfen zu überziehen. Interessant war, dass es einige „Abweichler“ gab, so sprach sich auch der Rheinhauser SPD-Ratsherr Ersin Erdal gegen die Pläne zur Verlängerung der Osttangente aus (und auch in der Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl hatten SPD-Vertreter bereits gegen die Pläne gestimmt).

Das nährte die Hoffnung, dass es viele „heimliche“ Gegner in den Reihen der SPD gäbe und so beantragten die Grünen eine geheime Abstimmung. Das Ergebnis war allerdings wenig überraschend. Es stimmten 58 Ratsmitglieder dafür die Planungen fortzuführen, 33 votierten dagegen und 2 enthielten sich der Stimme. Die Fraktion der Grünen hat im Duisburger Stadtrat 18 Stimmen, die Linken 6, JuDu 3 und Tierschutz/DAL ebenfalls 3. Dazu kamen vermutlich noch Stimmen einiger Einzelvertreter, so dass von den erhofften „heimlichen“ Gegnern in den Reihen der SPD wenig übrigblieb.

### Zusatzantrag der SPD zur Osttangente

Die SPD hatte zu diesem Thema einen zusätzlichen ausführlichen Antrag gestellt, wonach alle zukünftig zu erwartenden Verkehrsströme, neue Brücken und auch alle geplanten Umgehungsstraßen (inklusive der Osttangente) als Gesamtverkehrsplanung betrachtet werden sollten. Aus diesem Zusammenhang sollen dann weitere Erkenntnisse zur Notwendigkeit der Osttangente gezogen werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Grünen, der Linken und JuDu beschlossen. Aber die Grünen gaben ihren „Kampf“ noch nicht auf und zweifelten sogar die Abstimmung an. Die Wiederholung der Abstimmung endete 56 zu 37 für den Antrag. Neben Grünen, Linken und JuDu stimmten auch 2 SPD-Ratsmitglieder, die AfD und Tierschutz/DAL gegen den Antrag.

### Stellungnahme der Stadt zum Regionalplan Ruhr

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung stand die Stellungnahme der Stadt Duisburg zum neuen Regionalplan Ruhr an. In allen vorberatenden Gremien (alle Bezirksvertretungen und Ausschüsse) wurde die Vorlage nahezu einstimmig beschlossen. Am Tag vor der Ratssitzung hatten die Grünen noch 2 Änderungsanträge gestellt, weswegen es auch bei diesem Tagesordnungspunkt zu längeren Diskussionen kam. Zum einen ging es um einen geplanten Autohof im Autobahnkreuz Kaiserberg und zum zweiten ging es darum, dass der Driesenbusch nicht mehr als Waldentwicklungsfläche ausgewiesen werden soll.

Einige Ratsmitglieder der Grünen nutzen jede sich bietende Möglichkeit zu langatmigen, mahnen- und manchmal geradezu beschwörenden Redebeiträgen, die zwar die Sitzungszeit verlängern, aber nie dazu führen, dass jemand anders abstimmen könnte, als es vorher ohnehin zu erwarten war. Und so wurden die beiden Anträge der Grünen zwar von den Linken und der Fraktion Tierschutz/DAL unterstützt, aber von allen anderen abgelehnt.

### Beschaffung von 10 Brennstoffzellenbussen

Nur die AfD-Fraktion sprach sich dagegen aus, dass die DVG 10 Brennstoffzellenbusse kaufen und auch die dazugehörige Tankstellen- und Werkstatteinfrasturktur aufbauen soll.

### Stellplatzsatzung der Stadt Duisburg

Zu Diskussionen kam es auch bei einer neuen Stellplatzsatzung der Stadt, die für zukünftige Neubaugebiete regeln soll, wie viele PKW-Stellplätze vor jedem Haus angelegt werden müssen. Die Landesregierung hatte das Thema angeregt und dazu auch eine Mustersatzung entworfen. Die Duisburger Stadtverwaltung hat sich in ihrem Entwurf zwar an dieser Mustersatzung orientiert, hat aber auch eine Fahrradstellplatzregelung eingebaut. Demnach sollen (pro Wohnung) 1,5 Quadratmeter Fahrradstellplätze vor jedem Haus angelegt werden. Während der Vertreter von JuDu erklärte, dass es doch wohl seine Sache sei, ob und wo er sein Fahrrad an oder in seinem Haus abstelle, fragte FDP-Ratsherr Wilhelm Bies, wie die Verwaltung diese Vorschrift überhaupt kontrollieren wolle. Nach einigen Diskussionen mit dem zuständigen Dezernenten Martin Linne beantragte die SPD-Fraktion die Entscheidung bis zur nächsten Ratssitzung zu verschieben. Diesen (etwas überraschenden) Vorschlag beschloss der Rat einstimmig.

### Einstimmige Beschlüsse

In weiteren Tagesordnungspunkten wurde die Aufstellung verschiedener **Bebauungspläne** und Flächennutzungspläne beschlossen, zu denen es nur wenige Wortmeldungen gab und bei denen die meisten einstimmig beschlossen wurden. Zudem wurden auch der Bau der **Cölve-Brücke** in Trompet beschlossen, sowie die Erneuerung des Überbaus der **Wegbrücke über den Angerbach** und die Unterhaltskostenzuschüsse für **Sportvereine**. Auch die Energetische Ertüchtigung der **Eissporthalle** wurde nur zustimmend kommentiert und einstimmig beschlossen. Die Grünen erklärten lediglich, dass für sie damit auch die Erneuerung der **Rhein-Ruhr-Halle** erlegt sei.

### **UrbanZero – Ein Stadtteil wird Umweltneutral**

Die Firma Haniel, sowie die Unternehmen greenzero.me und HeimatERBE wollen den Stadtteil Ruhrort bis Ende 2029 zum ersten umweltneutralen Quartier der Welt machen. In der Vorlage für den Stadtrat wurde der Oberbürgermeister beauftragt, das Projekt zu unterstützen. Für diese Idee gab es viele lobende Worte von allen Fraktionen. Auch die Linken lobten die Initiative, warfen aber auch die Frage auf, ob es sich eventuell nur um einen Marketing-Gag Haniels handeln könnte. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies entgegnete, dass man Haniel äußerst dankbar sein könne für sein jahrzehntelanges Engagement in Ruhrort. Ohne dieses sehe der Stadtteil heute deutlich anders aus. Nur die AfD sah dieses Projekt „wie aus der Zeit gefallen“, denn in den kommenden Jahren müsste man als Folge des Kriegs in der Ukraine sein Augenmerk auf Armut und Mängelbeseitigung richten und nicht auf Umweltthemen. Der Oberbürgermeister widersprach dieser Themse vehement.

Bei aller Freude über diese Idee (und ohne das Engagement der Firma Haniel zu schmälern) hatte Ausschussmitglied Rainer Weiß in der vorlaufenden Fraktionssitzung allerdings darauf hingewiesen, dass es mit „InnovationCity Ruhr“ in Bottrop bereits seit 2014 eine Modellstadt zum klimagerechten Stadtumbau gibt, die die Ziele des ersten „umweltneutralen Quartiers der Welt“ vermutlich deutlich früher erreichen werden, als es Ruhrort kann.

### **Verkaufsoffene Sonntage**

Bei einem weiteren Tagesordnungspunkt genehmigte der Stadtrat die verkaufsoffenen Sonntage in 2022. Wie immer hatte der Handelsverband dazu wieder Anträge für die Stadtmitte, Hamborn, Neumühl, Meiderich, Homberg, Rheinhausen und Marxloh gestellt. Traditionell sprechen sich Kirchen und Gewerkschaften grundsätzlich gegen Sonntägliche Öffnungen aus. Da einige Ratsmitglieder diesen Organisationen sehr nahestehen (oft auch beruflich verbunden sind), stimmen sie meist gegen diese jährlich wiederkehrende Beschlussvorlage und so kam es zu Gegenstimmen bei 5 SPD-Ratsmitgliedern, 3 Grünen und 6 Vertretern der Linken. Die große Mehrheit des Duisburger Stadtrates erkennt jedoch den Mehrwert für Handel und Kunden und begrüßt die verkaufsoffenen Sonntage, die immer auch mit Stadtteilstesten und/oder besonderen Veranstaltungen verbunden sind.

### **Beecker Kirmes**

Die Beschlussvorlage zur Änderung der Volksfestsatzung wurde von der Verwaltung kurzfristig zurückgezogen. Ursprünglich sollte die Satzung dahingehend geändert werden, dass die traditionelle Beecker Kirmes nicht mehr stattfinden soll und stattdessen eine Kirmes auf dem Stadion-Vorplatz der Schauinsland-Arena organisiert werden soll. Zunächst gab es großen Widerspruch in Beeck und der Bezirksvertretung Meiderich-Beeck und zuletzt auch deutliche Bedenken gegen die Idee einer Kirmes am Stadion. Bei der Stadion-Variante waren viele Fragen offen, weswegen viele Ratsmitglieder vermutlich nicht zugestimmt hätten. Deshalb zog die Verwaltung diese Vorlage (zunächst) zurück. So wird es in diesem Jahr doch noch eine Kirmes in Beeck geben.

### **Bebauungsplan Beeck „östliche Flottenstraße“**

Meist wird die Aufstellung von Bebauungsplänen einstimmig und kommentarlos beschlossen. Bei einem Bebauungsplan in Beeck, an Stelle des alten abgebrannten Hallenbades, gab es jedoch Bedenken, weil auch einige Kleingärten „überbaut“ werden sollen. Die Mieter der Kleingärten hatten bereits vor 2 Jahren die Benachrichtigung erhalten, dass dieses Gebiet überplant wird und ihre Gärten aller Voraussicht nach ersatzlos wegfallen werden. Es handelt sich an dieser Stelle nicht um einen Kleingartenverein, sondern um preiswert von der Stadt angemietetes Grabeland, das ausschließlich zum Anbau von Gemüse genutzt werden darf. Bei der Abstimmung stimmten Grüne, Linke, AfD und einzelne Vertreter von SPD und CDU gegen die Vorlage, dennoch wurde die Aufstellung des Bebauungsplans beschlossen. Die FDP-Fraktion enthielt sich der Stimme.

### **Flüchtlinge aus der Ukraine**

An Tagesordnungspunkt 63 stand eine Vorlage, wonach der Stadtrat den zahlreichen aktuellen Maßnahmen der Stadt zur Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine zustimmen sollte und gleichsam die Umschichtung von 3,6 Mio. Euro, die eigentlich zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vorgesehen waren, für diese Maßnahmen zu beschließen. Stadtdirektor Martin Murak (SPD) nutzte diese Vorlage für einen detaillierten Sachstandsbericht zur Lage und um den vielen Helferinnen und Helfern innerhalb der Stadtverwaltung, der Feuerwehr und aus den verschiedenen Hilfsorganisationen Dank zu sagen. Er sparte aber auch nicht mit Kritik an der NRW-Landesregierung, der er vorwarf, dass es auf Landesebene keinen Krisenstab und keine Koordination der Ministerien gäbe und auch die Frage der Beschulung der ukrainischen Kinder nicht geklärt sei.

Oberbürgermeister Sören Link ergänzte die Ausführungen und berichtete, dass derzeit bereits 800 schulpflichtige Kinder in Duisburg angekommen seien, für die es so schnell keinen Platz in den Duisburger Schulen gäbe. Berechnungen zufolge könnten bis zu 12.500 ukrainische Flüchtlinge nach Duisburg kommen, was die Stadt vor größere Herausforderungen stelle, als es 2015 der Fall war. Nach zahlreichen Wortmeldungen stimmte der Rat den Maßnahmen einstimmig zu.

### **Grüne: Städtische Grundstücke nicht mehr verkaufen**

Die Grünen hatten einen Antrag gestellt, wonach städtische Baugrundstücke zukünftig nur noch als Erbbaurecht vergeben werden sollen und Ankaufsrechte zu Gunsten der Erbbaurechtsnehmer nicht mehr eingeräumt werden sollen. Nach längerer Diskussion stimmten diesem Antrag nur Grüne und Linke zu, alle anderen Ratsfraktionen lehnten diesen Vorschlag ab, denn es wäre unter anderem zu befürchten, dass Grundstückskäufer Probleme mit ihren Banken bekämen, wenn sie Grundstücke nicht mehr kaufen, sondern nur für die Zeit einer Erbpacht belegen könnten.

### **Grüne: Carsharing auf der Website der Stadt**

In einem weiteren Antrag der Grünen ging es darum, dass die Stadt Carsharing-Anbieter auf ihrer Website benennen sollte. Die AfD und Ratsherr Önder sahen hier einen wettbewerbsverzerrenden Eingriff in den „Markt“, der in Duisburg aber nur aus einem einzelnen Anbieter besteht. Auf Vorschlag der SPD wurde der Antrag zu einem Prüfantrag umgewandelt, was heißt, dass die Verwaltung zunächst prüft, ob das Anliegen möglich und machbar wäre. Unter dieser Prämisse stimmten alle anderen Fraktionen dem Antrag zu. Die Freien Demokraten stimmten gerne zu, weil es sich bei dieser Idee um ein Thema aus dem Kommunalwahlprogramm der FDP handelt.

### **Grüne: Taskforce Problemimmobilien**

Die Grünen wollten die Taskforce, die im Falle von sogenannten Problemimmobilien zum Einsatz kommt „weiterentwickeln“. Dazu sollte ein runder Tisch gegründet werden, ein Kriterienkatalog erstellt werden und ein Häuserregister über „verdächtige“ Immobilien erstellt werden. Die CDU entgegnete, dass die Grünen die Taskforce nicht weiterentwickeln, sondern Problematisieren wollen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende erläuterte nochmal die Geschichte dieser Taskforce, die die frühere Duisburger Rechtsdezernentin Daniela Lesmeister (CDU) initiiert hatte, die äußerst erfolgreich sei und die landesweite Beachtung und Nachahmung finde. Diesem Antrag stimmten nach längerer Diskussion nur Grüne, Linke und die Fraktion Tierschutz/DAL zu.

### **FDP: Gremienumbesetzungen**

Während vor allem die großen Fraktionen ihre personellen Besetzungen in den städtischen Ausschüssen immer wieder mal verändern, geht die FDP-Fraktion sehr sparsam mit derartigen personellen Umbesetzungen um. Denn eine gründliche Einarbeitung in ein Themenfeld dauert länger und mit jedem Wechsel gehen Erfahrungswerte im jeweiligen Ausschuss (und somit auch in diesem Themenkreis) verloren.



In dieser Ratssitzung hatte sich die FDP-Ratsfraktion entschieden zwei Umbesetzungen zu beantragen. Zum einen verlässt FDP-Ratsherr und Kreisvorsitzender Oliver Alefs den Betriebsausschuss DuisburgSport. Albin Schreiner wird diese Position einnehmen. Zum zweiten verlässt FDP-Ratsfrau Kira Schulze Lohoff ihre stellvertretende Funktion im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit. Für sie rückt der Vorsitzende der Jungen Liberalen (JuLis) Johannes Brill nach.

### **JuDu: Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Perm aussetzen**

Wie zu erwarten, lag dem Stadtrat ein Antrag vor, die Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Perm auszusetzen. Die Fraktion JuDu hatte diesen gestellt. Und wie gleichsam zu erwarten, gab es dazu eine lange Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen aus allen Fraktionen. Die Freien Demokraten hatten sich vorher in zwei Fraktionssitzungen dazu Gedanken gemacht und recherchiert, dass die deutsche Blindenhilfe, sowie verschiedene Behinderten- und Sportverbände in den vergangenen Jahren in Perm tolle Projekte realisiert hatten. Es handelt sich also vornehmlich um persönliche und freundschaftliche Kontakte als um politische Verbindungen. Nach längeren Beratungen kam die Mehrheit der FDP-Fraktion zu dem Ergebnis, die Partnerschaft mit Perm nicht auszusetzen oder zu beenden.

Dementsprechend erläuterte FDP-Ratsherr Oliver Alefs in der Ratssitzung, dass es bei der Partnerschaft mit Perm um kulturelle und gesellschaftliche Angelegenheiten gehe und es sich nicht um eine politische oder wirtschaftliche Zusammenarbeit handele. Eventuell könne ein derartiges Zeichen sogar schädlich sein, mit dem man dem russischen Regime sogar in die Hände spiele. Mehrere Redner schlossen sich seinen Worten an. Der Oberbürgermeister ergänzte, dass er einen freundschaftlichen Brief seines Amtskollegen aus Perm erhalten habe, der Hoffnung äußerte und in eine friedliche Zukunft blicke. Letztendlich lehnte der gesamte Duisburger Stadtrat, mit Ausnahme der Fraktion JuDu, den Antrag ab und so bleibt diese Städtepartnerschaft mit Perm (die zurzeit ohnehin nicht „gelebt“ werden kann) erhalten.

### **Grüne: die Fällung von Straßenbäumen bekanntgeben**

Die Grünen beantragten, dass jede geplante Fällung eines Straßenbaums den Bezirksvertretern in den sieben Bezirksvertretungen angekündigt und bekannt gegeben werden solle. Dazu gab es zahlreiche Wortmeldungen aus den Reihen der Ratsmitglieder, die alle erklärten, dass dies seit vielen Jahren genauso umgesetzt wird. Da die Grünen ihren (eigentlich überflüssigen) Antrag nicht zurückzogen, wurde der Antrag abgelehnt. Nur Grüne, Linke und Tierschutz/DAL stimmten zu.

### **Linke: Sachstand zu Flüchtlingen aus der Ukraine**

Nach den vielen Informationen in den örtlichen Medien, dem Ältestenrat, den Ausschüssen und auch an diesem Tage im Stadtrat beantragte die Linke, regelmäßig mehr Informationen über die Situation der Ukrainischen Flüchtlinge in Duisburg zu erhalten. Auch bei diesem Tagesordnungspunkt gab es ungewöhnlich viele Wortmeldungen. Die meisten Ratsmitglieder erklärten, dass sie sich zurzeit sehr gut informiert fühlten und der Verwaltung nicht diese zusätzliche Last der Berichterstattung auferlegt werden solle. Nach langer Debatte stimmten nur Linke und JuDu zu.

### **JuDu: Mehr KiTa-Plätze schaffen**

Die Fraktion JuDu hatte einen Antrag gestellt, wonach der Oberbürgermeister gebeten werden sollte, für einen Ausbau von KiTa-Plätzen zu sorgen. Der JuDu-Fraktionsvorsitzende erklärte, dass es in anderen Städten (auch mit Hilfe des Landes) deutlich besser und schneller gehe. Natürlich wehrten sich der OB und die großen Fraktionen gegen die Beschuldigung, dass in Duisburg nicht alles für mehr Kinderbetreuungsplätze getan würde. Obwohl es inzwischen bereits 19:45 Uhr war, gab es auch zu diesem Antrag ungewöhnlich viele Wortmeldungen und eine längere Diskussion. Letztendlich wurde dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.

**Ende um 20:05 Uhr**

Um 20:05 Uhr beendete der Oberbürgermeister die öffentliche Ratssitzung. Anschließend folgte eine kurze nichtöffentliche Sitzung, über die hier nicht berichtet werden darf.

Die nächste Ratssitzung ist erst am 13. Juni 2022 geplant. Danach informieren wir Sie wieder über die aktuellen politischen Themen und Stimmungen im Duisburger Stadtrat - aus Sicht der Liberalen.

*Bis dahin wünschen Ihnen unsere Ratsmitglieder Wilhelm Bies, Oliver Alefs, Kira Schulze Lohoff, sowie Fraktionsgeschäftsführer Thomas Wolters schöne Osterferien, einen spannenden und erfolgreichen Landtagswahlkampf und eine gute Zeit.*

*Bleiben Sie gesund!*